

Ausschuss für Feuerschutz und Bauwesen vom 19.02.2015

TOP:

7 Klimaschutz- und Energiekonzept des Landkreises Ammerland; Planung Neubau Bildungs- und Beratungszentrum (BBZ)

Auszug:

Vors. Schneider führt aus, dass die durch Beschluss gebildete Arbeitsgruppe sich mit dem im letzten Ausschuss für Feuerschutz und Bauwesen dargelegten Planungsentwurf des neuen Gebäudes des Bildungs- und Beratungszentrums auf dem Gelände der KVHS intensiv befasst habe. Herr Fricke-Varban habe die AG dabei unterstützt und alle Vorschläge aufgenommen, planerisch umgesetzt und in einer weiteren Sitzung der AG dargestellt. Der neue Entwurf sei aber mit hohen zusätzlichen Kosten verbunden, sodass die AG bei einer Abschlussdiskussion erkennen musste, dass mit den vorgeschlagenen Änderungen keine nachhaltige Verbesserung erreicht worden und die Nachbearbeitung nicht zielführend sei. Nach weiteren intensiven Beratungen in den Fraktionen sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass eine ganz andere Lösung gefunden werden müsse und man habe darüber nachgedacht, dass das RPA einen anderen Aufgabenbereich habe als Musikschule, Beratungsstelle und KVHS und deshalb eher in das Kreishaus mit einzubeziehen sei. Angedacht worden sei dabei eine Aufstockung des zuletzt hergestellten Gebäudeteils. Nach Rücksprache mit der Verwaltung sei hierzu eine Kostenschätzung angefertigt worden und es werde vorgeschlagen, dieses Gebäudeteil aufzustocken und dort das RPA unterzubringen und gleichzeitig den Neubau des BBZ auf ein zweigeschossiges Gebäude zu beschränken. Damit sei das RPA bei der Verwaltung untergebracht und alle schulischen Einrichtungen im Neubau zusammengelegt. Des Weiteren sei überlegt worden, den Mittelbau des vorhandenen Gebäudes der KVHS zunächst nicht zu verändern und ggf. bei Finanzüberschuss den Dachboden zu sanieren. Auch sei überlegt worden, im Zuge der Ausführungen die Fassadentechnik des Neubaus farblich zu verändern oder verschiedene Elemente anders zu gestalten.

EKR Kappelmann geht auf die Ausführungen von Vors. Schneider ein und verweist auf den Grundriss des 2. Obergeschosses aus dem Vorentwurf auf Seite 58 der Vorlage. In dem Entwurf seien neun Büroräume und ein Sozialraum- bzw. Besprechungsraum für das RPA sowie 6 weitere Büros vorgesehen worden. Davon seien vier Büroräume für die KVHS und zwei Büros für eine zusätzliche Verwendung angedacht gewesen. Die Räume für das RPA könnten bei einer Aufstockung des Kreishausgebäudes dort untergebracht werden. Eine Aufstockung mache aber nur Sinn, wenn das erste Obergeschoss komplett aufgestockt würde und dann noch zusätzliche Büros sowie ein Sozialraum geschaffen werden könnten. Besprechungsräume seien im Kreishaus vorhanden und müssten nicht mit eingeplant werden. Ein Problem stellten die vier Büros dar, die für die KVHS im Neubau des BBZ vorgesehen gewesen seien, die aber bei einer zweigeschossigen Variante nicht vorhanden wären. Dafür müsse noch ein Lösungsansatz gefunden werden, evtl. durch Umnutzung oder Zusammenlegung eines Seminarraumes von Musikschule und KVHS. Dies müsse noch mit den Nutzern besprochen werden.

EKR Kappelmann führt zu den Kosten aus, dass eine Aufstockung des Kreishausgebäudes mit 18 Büros nach einer groben Kosteneinschätzung eine Summe von rd. 1,36 Mio. Euro erfordere. Für ein neu zu errichtendes zweigeschossiges Gebäude der BBZ auf dem Grundstück des KVHS Gebäudes sei mit Kosten von rd. 3,02 Mio. Euro zu rechnen. Somit wären insgesamt Kosten von rd. 4,4 Mio. Euro einzuplanen.

LR Bensberg weist in dem Zusammenhang auf eine Erweiterung der Parkplätze beim Kreishaus hin. Dafür müsse versucht werden, das Gelände an der östlichen Seite der Straße am Hamjebusch zu erwerben, was zu zusätzlichen Kosten führen würde. Er bittet darum, dies bei den weiteren Planungen zu berücksichtigen.

KA Rust führt aus, dass die Planungsphase sehr wichtig sei. Mit den Überlegungen, das RPA im Kreishaus unterzubringen sei man seiner Meinung nach auf dem richtigen Weg. Es sei in der Mehrheitsgruppe weiterhin angeregt worden, ein ortsansässiges Architektenbüro in die Planungen mit einzubeziehen.

Ausschuss für Feuerschutz und Bauwesen vom 19.02.2015

LR Bensberg weist darauf hin, dass bei Hinzuziehung eines externen Architektenbüros bei einer Bausumme von rd. 3,03 Mio. Euro mit Zusatzkosten von 15 %, also rd. einer halben Million Euro gerechnet werden müsse. Bei der vorliegenden Situation halte er das für zuviel.

KA Rust ist der Meinung, dass man sich ein Angebot einholen könnte und die Planungskosten nicht so hoch sein würden. Im Übrigen seien die Kosten normalerweise in den Kostenschätzungen enthalten.

EKR Kappelmann führt aus, dass die Einplanung von Architektenkosten nicht in den Kostenschätzungen des Landkreises enthalten seien.

KA Niemann führt aus, dass er einer der Kritiker des ersten Entwurfes gewesen sei und man ihm daraufhin unterstellt habe, dass er als Westersteder Bürger den Bau verhindern wolle. Er stellt klar, dass es ihm nur darum gegangen sei, den Bau nicht in der vorgeschlagenen Massivität zu bauen und er nichts gegen die Ansiedlung der Beratungsstelle und der Musikschule auf dem Grundstück der KVHS habe. Er begrüße, dass es durch die Beratungen der Arbeitsgemeinschaft zu einer anderen Lösung gekommen sei. Er sei des Weiteren der Meinung, dass der Neubau des BBZ etwas mehr der Umgebung angepasst werden müsse. Er führt abschließend aus, dass er dem jetzigen Vorschlag so zustimmen könne, auch wenn Mehrkosten für Parkplätze entstehen würden.

KA Meiwald ist der Meinung, dass zusätzliche Synergien geschaffen würden, wenn das RPA dem Kreishaus zugeteilt würde, weil es die Gesamtsituation sinnvoller machen würde. Damit würde auch der Aufwand geringer als im Entwurf der Variante 4 werden und das sei die richtige Richtung. Es sei wichtig, in den Planungen die Seminar- und Schulungsräume für die Musikschule und der KVHS so zu planen, dass eine längerfristige und zufriedenstellende Nutzung gewährleistet werde. Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen würde dem Vorschlag so zustimmen.

Es schließt sich eine weitere kurze Diskussion unter Beteiligung von KA Drieling, KA Meiwald, Vors. Schneider, KA Dierks, KA Rust und KA Lübben an, in der deutlich wird, dass dem Vorschlag, das RPA in das Kreishausgebäude zu integrieren und den Neubau des BBZ zweigeschossig zu gestalten, zugestimmt werden könne. Des Weiteren wird die Parkplatzsituation angesprochen.

LR Bensberg schlägt folgenden Beschlussvorschlag vor, der einstimmig angenommen wird: Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum Kreisausschuss am 4. März 2015 eine Konzeption zu erarbeiten, wonach am Standort der KVHS ein zweistöckiges Gebäude neu gebaut wird, um dort die Beratungsstelle, die Musikschule und weitere Einheiten der KVHS unterzubringen. Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, Planungen vorzubereiten beim Kreishaus, im Flügel des Jobcenters, eine Aufstockung vorzunehmen, um dort das Rechnungsprüfungsamt unterzubringen. Auch wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, inwieweit es die Möglichkeit gibt, an der östlichen Seite der Straße Am Hamjebusch gegenüber dem Kreishaus Flächen für weitere Stellplätze zu erwerben und dieses dem Kreisausschuss zusammen mit einer Kostenschätzung zur Beratung und zur abschließenden Beschlussfassung im Kreistag vorzulegen.

Arbeitsanweisung

An Herrn Kappelmann (über Dez-II), Zimmer 278.